

Tumpel: Regierung zieht sich systematisch aus Erwachsenenbildung zurück

Utl.: Budget für Erwachsenenbildung um 25 Prozent gekürzt =

Wien (AK) - AK Präsident Herbert Tumpel kritisiert die erneute Reduktion der Fördermittel für die Erwachsenenbildung. Mit dem Budgetvoranschlag für 2003 und 2004 soll die Erwachsenenbildung um 25 Prozent gekürzt werden. "Lebenslanges Lernen muss mehr als nur ein Lippenbekenntnis sein", sagt Tumpel. Die AK fordert zusätzliche 100 Millionen Euro für die Weiterbildung.***

"Die Regierung zieht sich anscheinend Schritt für Schritt aus der Erwachsenenbildung zurück", kritisiert Tumpel. Anstatt an einer "kohärenten Strategie" für das lebenslange Lernen zu arbeiten - wie es die EU Österreich nahegelegt hat -, wird die Verantwortung für die Erwachsenenbildung an andere delegiert: an die Länder, die Unternehmen und die ArbeitnehmerInnen.

Bereits mit Antritt der ÖVP/FPÖ-Regierung im Jahr 2000 wurde das Budget zur Förderung der Erwachsenenbildung erheblich gekürzt und für drei Jahre "eingefroren". Der Bundesvoranschlag 2003/2004 zeigt nun eine nochmalige Kürzung um 25 Prozent. Die Mittel für die Erwachsenenbildung stellen in Österreich nur rund 0,1% des Gesamtbildungsbudgets dar. Zum Vergleich: Finnland investiert 14 % des Bildungsbudgets in die Erwachsenenbildung.

Die AK fordert von der Regierung zusätzlich 100 Millionen Euro für die Weiterbildung. Das Nachholen von Bildungsabschlüssen, wie etwa des Hauptschulabschlusses, eines Lehrabschlusses oder die Berufsreifeprüfung muss ohne Gebühren möglich sein. "Die Anforderungen an die ArbeitnehmerInnen steigen stetig, die Unternehmen setzen ein gutes Bildungsniveau voraus, ständige Weiterbildung ist unerlässlich", sagt Tumpel. Doch die Betriebe bilden in erster Linie gut qualifizierte ArbeitnehmerInnen weiter; gerade die ArbeitnehmerInnen, die die größten Bildungsdefizite aufweisen, (nicht einmal jede/r fünfte ArbeiterIn wird betrieblich weitergebildet) müssen sich ihre Weiterbildung selbst finanzieren.

Das wird angesichts der enormen Preissteigerungen in der Weiterbildung - in den letzten 15 Jahren sind die Teilnahmegebühren auf das 3-fache gestiegen - zunehmend schwieriger. Die AK fordert

daher von der Regierung, vor allem ArbeitnehmerInnen mit niedrigem Einkommen bei ihrer Weiterbildung finanziell zu unterstützen.

~

Rückfragehinweis: AK Wien Presse

Katja Robotka

Tel.: (++43-1) 501 65-2331

<mailto:katja.robotka@akwien.at>

<http://www.akwien.at>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

~

OTS0101 2003-05-12/11:32

~

121132 Mai 03

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20030512_OTS0101